

Landtag will nicht an die Verfassung

«HalbeHalbe» Es ist ein kurzer Satz, den die Initianten in die Verfassung verankern wollen. Wie dieser zu werten ist und welche Folgen er mit sich bringt, darüber gingen gestern die Meinungen auseinander.

VON DANIELA FRITZ

Das Endergebnis war klar: Nur acht Abgeordnete hatte das Initiativkomitee «HalbeHalbe» mit seinem Begehren überzeugen können. Dieses sieht einen Zusatz in der Verfassung vor, wonach die ausgewogene Vertretung von Frauen und Männern in politischen Gremien gefördert werden soll. «Eigentlich kann man nichts dagegen haben», meinte Daniel Seger (FBP) zu Beginn der Debatte am Mittwochabend noch. Schliesslich sei das Ziel der Verfassungsinitiative Chancengleichheit.

Unsicherheit über Begriffe

Dass dem Gesetzgeber dafür kein «starrs Korsett» aufgezwängt werde, begrüsst Seger: «Bezüglich Massnahmen soll Gesetzgeber frei sein. Diesem offenen und flexiblen Ansatz kann ich viel abgewinnen.» Dies sah auch sein Parteikollege Eu-

gen Nägele so. Er wollte sich vom Namen des Komitees nicht beirren lassen: «Wenn im Satz «halbe-halbe» stehen würde, dann würde das eine Quote gleichkommen und für mich alles verändern.» Der Begriff «ausgewogen» könne jedoch flexibel interpretiert werden. «Wir können das Wort drehen und wenden wie wir wollen - für mich bedeutet es 50-50», widersprach Harry Quaderer (DU). Auch für Regierungschef Adrian Hasler bergen die offenen Begriffe eine Gefahr. Der unklare Verfassungsauftrag sei politisch und juristisch problematisch. «Der vorgeschlagene Verfassungszusatz bringt keinen Mehrwert, aber sehr viele Unsicherheiten», so Hasler. Der Initiativtext sei missglückt - auch wenn er das Ziel Chancengleichheit zu 100 Prozent teile.

Ungeteilte Zustimmung gab es dagegen aus der Fraktion der Freien Liste. Aber auch unter den Befürwortern taten sich nicht alle so leicht. Mario Wohlwend (VU) gab den Initianten zwar seine Stimme. Aber er bemerkte kritisch, dass «HalbeHalbe» der Politik einerseits vorwerfe, nichts zu tun. Andererseits gebe man die «heisse Kartoffel» einfach dem Gesetzgeber weiter,

nachdem sich Hoi Quote die Finger daran verbrannt habe. Seine Parteikollegin Violanda Lanter stimmte ebenso für die Initiative - schliesslich habe die Verfassung Strahlkraft und wirke auf den Gesetzgeber. Trotzdem war sie nicht sicher, ob es den Verfassungszusatz wirklich braucht, damit Massnahmen umgesetzt werden.

Klagen gefürchtet

Auf der gegnerischen Seite wurde dem geplanten Verfassungszusatz dagegen weitaus mehr Macht beigemessen. So fürchteten etwa Alexander Batliner (FBP) und Christoph Wenaweser (VU), dass es trotzdem zu einer «Geschlechterquote durch die Hintertür» kommen könnte. Dies, weil der Staatsgerichtshof aufgrund des Verfassungszusatzes ein entsprechendes Urteil fällen könnte. Thomas Vogt (VU) sah sogar den Gleichheitsgrundsatz gefährdet, wenn ein Geschlecht zur Förderung der ausgewogenen Vertretung in politischen Gremien bevorteilt wird.

Auch für den Landtagspräsidenten ist die Initiative der falsche Weg zur Chancengleichheit. «Es braucht aktive Überzeugungsarbeit an der

Front durch die Parteien. Ich sehe sogar die Gefahr, dass dies dann vernachlässigt wird», so Albert Frick. Thomas Rehak (Neue Fraktion) hält die Verfassung ebenfalls für den falschen Ort: «Massnahmen gehören ins Gesetz. Überlegen wir uns besser, welche konkreten Massnahmen wir umsetzen können.»

Wähler entscheidet

Gunilla Marxer-Kranz (VU) begrüsst die Intention zwar, vieles könne aber bereits ohne den geplanten Verfassungszusatz umgesetzt werden. Sie sieht das Problem fehlender Chancengleichheit woanders: «Dass wir Frauen immer noch im Hintertreffen sind, liegt nicht an Gesetzen, Verordnungen oder der Verfassung, sondern an uns Frauen selbst. Wir sehen oftmals Barrieren, deren Ursachen in uns selbst zu suchen sind.» Auch Susanne Eberle-Strub unterstrich, dass es auch den Willen und Mut der Frauen zu einer Kandidatur brauche. Schlussendlich würden aber die Wähler entscheiden. «Ist es eine Ungleichbehandlung, wie die Initianten schreiben, wenn einige Kandidaten, seien es Frauen oder Männer, nicht gewählt werden? Ich empfinde es nicht als Ungleichbehandlung, sondern als Resultat einer Wahl», so Eberle-Strub, die eine Bevormundung der Wähler fürchtete. Ebendiese haben in der Sache nun aber das letzte Wort.

